

Veränderungs-Dimensionen: Was haben alte Puppenspieler oder neue Avantgarden vor?

Auf den Punkt gebracht: Das bislang auf Hartgeld.com beschriebene Szenario, das auf einen Wirtschafts-Crash folgen soll, könnte ein Weg unter einer Reihe denkbarer Varianten sein, um eine lang anhaltende bürgerkriegsähnliche Situation zu einem Zeiptunkt „X“ zu vermeiden. Allerdings sind die geschilderten Perspektiven – etwa die mit enormer Machtfülle ausgestattete „Wunsch-Monarchie“ - mit einer ganzen Reihe von Fragezeichen und Unwägbarkeiten verbunden. So scheint es doch nicht unproblematisch, wenn die Rückkehr zur „guten alten Zeit“ womöglich von wirtschaftlichen Machteliten orchestriert würde, die bisher schon im Hintergrund als „Master of Disaster“ wirkten. Nämlich jene Strippenzieher, von denen bereits etwa ein Franz-Josef Strauß sprach und die sicher auch nicht unbeteiligt am Zustandekommen von zwei Weltkriegen waren. Wäre es denn tatsächlich ein besserer Weg, wenn bald an Stelle der Politiker-Marionetten herrschaftliche Adelsmarionetten treten würden? Wenn als Quelle für den skizzierten Zukunftsentwurf ein Insider aus den Macht-Gruppierungen, die für einen abrupten gesellschaftlichen Wechsel stehen, etwas ausplaudert, dürfte er sich – so ist zunächst einmal zu vermuten – ebenfalls auf eben jene alten Zirkel zurückführen lassen.

Bärendienst für monarchischen Traditionsgedanken

Als jemand, der einige Sympathie für den Monarchie-Gedanken hat, läuft mir ein gedanklicher Schüttelfrost über den Rücken, wenn das Risiko im Raum stünde, dass diejenigen, die das Potential haben könnten, künftig Repräsentanten von Tradition und Werten zu sein, in größerem Umfang durch Macht-Eliten korrumpiert würden. In solch einem Fall wäre auch das denkbare gesellschaftliche Markenzeichen „Monarchie“ oder einfach nur der Traditionsbezug auf monarchische Zeiten beispielsweise im deutschsprachigen Raum für eine nicht geringe Zeit verbrannt oder mindestens ungünstig belastet. Und zwar umso mehr, wenn auch noch dauerhaft unumschränkt absolutistische Monarchien installiert werden sollen, ohne jegliche Kontrolle von Macht.

Ein Rückblick auf die Geschichte erlaubt dagegen ein ganz anderes Bild von Möglichkeiten wohlverstandener Monarchie. So zeichnete sich etwa das preußisch-deutsche Staatswesen spätestens ab 1871 durch Konstitution und demokratischen Geist aus. In diesem Sinn notiert selbst Wikipedia: „Der Reichstag verkörperte neben dem Kaiser die Einheit des Reiches.“ Und weiter über dieses Parlament: „Gemeinsam mit dem Bundesrat übte er die Reichsgesetzgebung aus und besaß die Mitentscheidungsgewalt über den Haushalt des Reiches.“ Das Reichstag habe Kontrollrechte gegenüber der Exekutive gehabt. Außerdem besaß er die Möglichkeit, durch Debatten Öffentlichkeit herzustellen. Es herrschte abgesehen von den Sozialistengesetzen, die ohnehin nur von 1878 bis 1890 gültig waren, ein durchweg liberaler Geist in der Wilhelminischen Ära Deutschlands, zudem ein hoher Grad an bürgerlicher Meinungsfreiheit. In der K-und-K-Monarchie wäre auch eine ähnlich günstige Entwicklung zu erwarten gewesen, wenn Franz-Ferdinand von Österreich-Este nicht dem Attentat in Sarajewo zum Opfer gefallen wäre, hatte er doch einiges an Reformen für das Staatswesen vor. Kurz gesagt: Monarchien sind keinesfalls per se antidemokratisch, und eine für einen langen künftigen Zeitraum aus der historischen Mottenkiste hervorgeholte Form von Absolutismus wäre gewiss ein evolutionärer Rückschritt.

Sozialstaat differenziert denken lernen

Vollends irritiert, dass einige es offenbar toll finden würden, wenn der Sozialstaat in Gänze abgeschafft wird – einschließlich Rentenzahlungen und Krankenversicherung. Man denke doch nur mal daran, dass die deutsche Sozialversicherung sogar noch auf Bismark zurückgeht. Außerdem sind Renten nicht Leistungen an irgendwelche faulen Sozialschmarotzer, sondern sie begründen sich auf ein langes Erwerbsleben mit entsprechenden Einzahlungen. All das stoppen zu wollen, wäre insofern nichts anderes als eine Form von Beraubung durch den Staat bzw. durch Einflusskreise im Hintergrund. Und es kann doch auch nicht angehen, dass man etwa Kranken, denen es an Goldbesitz oder anderen Vermögenswerten mangelt, nicht mehr solidarisch beistehen will. Immerhin zahlen Menschen Monat für Monat in die gesetzlichen Krankenversicherungen ein. Ohne die völlig unkontrollierte Massenzuwanderung und eine Pharma-Industrie, die Kranke geradezu generieren hilft, wäre das Sozialsystem bei uns auch weiterhin ohne weiteres bezahlbar – sogar während einer sich zuspitzenden Weltwirtschaftskrise. Wenn Kreise gezielt per Machtübernahme alle sozialen Errungenschaften abschaffen wollen, werden die entsprechenden Hintergrund-Akteure auf diese Weise doch nur suspekt und lassen argwöhnen, dass es sich wieder einmal um die altbekannten Marionettenspieler handelt. Seien wir alle zusammen bitte kritisch und lassen uns nichts vormachen! Unsinniges Rausschmeißen von Geld nach dem scheinbar unerschöpflichen Füllhornprinzip, nein – sinnvoller Sozialstaat für arbeitsame Menschen, die etwas beitragen zur Gesellschaft, auf jeden Fall ja...! Und ebenso Hilfe auch für Menschen, die unverschuldet in Not geraten und beim besten Willen keinen Job mehr finden, weil sie angeblich zu alt für den Arbeitsmarkt sind, unterqualifiziert, überqualifiziert oder sonst etwas. Würden Gelder nicht aus machtpolitischen Gründen in die Ukraine oder in andere Krisenherde getragen, bliebe auch für solche Personenkreise künftig noch Geld genug. Darüber hinaus ist es auch der militärisch-industrielle Hochrüstungs-Komplex, der weltweit Unsummen verschlingt und den arbeitenden Bürger schlussendlich viel mehr Geld kostet als einige wichtige Sozialausgaben.

„Temporäre Machtfülle“ statt Dauer-Despotismus

Wollen uns Einflusskreise also etwa noch besser ausnehmen und ausquetschen? So etwas ist tendenziell immer dort möglich, wo Macht keine Kontrollen hat. Diktatorische Elemente der Staatsführung können und dürfen nur für einen begrenzten Zeitraum gelten. Jedenfalls unter der Prämisse, dass Einschränkungen in der Entwicklung des menschlichen Geistes verhindert werden sollen. Denkbar wären gleichsam diktatorische Befugnisse, wenn eine bürgerkriegsähnliche Situation mehr und mehr überhand nähme, staatliche Ordnung gänzlich aus den Fugen geriete und auf den Straßen nur noch Chaos herrscht. Spätestens nach einigen Jahren der Beruhigung und Neu-Orientierung sollte man wieder zu einer Form von Demokratie zurückkehren. Ein wertvolles Modell für solch eine „Zeit danach“ könnte beispielsweise die Weimarer Republik sein, die alle Chancen gehabt hätte, ein erfolgreicher Staat zu werden, wären nicht die katastrophalen Repressionen des Versailler Zwangsdiktats gewesen und eine weitere ökonomische Drangsalierung durch die (von den Eliten inszenierte) internationale Wirtschaftskrise. Es gab eine starke Stellung des Reichspräsidenten, der durchaus für längere Perioden am Reichstag vorbei Verordnungen erlassen konnte – wenn man so will: ein halbwegs „absoluter Monarch auf Zeit“. Optimal abgerundet werden könnte ein solches Gemeinwesen in einer späteren Phase durch plebiszitäre Gesetzgebungselemente wie in der Schweiz.

In Österreich und in Deutschland wie auch in anderen europäischen Ländern wäre ein lebendiger Traditionsbezug auf Zeiten der Monarchie ansonsten in der Lage, das geistige Unterfutter für mentale *Ent-Amerikanisierung* und *Ent-Globalisierung* zu bilden. Letztgenannte Entwicklungen dürften ohnehin mit einiger Automatik zu erwarten sein, da ein

Wirtschafts-Crash – sei es in milderer oder in totaler Form – inzwischen nach fast schon gängiger Auffassung unvermeidlich scheint. Warum soll man ihn also durch eine False-Flag-Aktion (Atomschlag über Manhattan) künstlich in Gang setzen? Und auch der Unmut gegenüber einer immer mehr überbordenden Zuwanderung wächst. Bis er den Grad einer kritischen Masse erreicht hat, wird es gerade vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Entwicklungen obendrein nicht mehr allzu lange dauern. Und noch etwas: Die bisherige Masseneinwanderung dürfte in erheblichem Umfang auf das Konto der globalistischen Marionettenspieler im Hintergrund gehen. Warum sollte man ihnen also vertrauen, dass sie es sich auf einmal anders herum überlegt hätten?

Machtzentren gruppieren sich neu

Was noch einen etwas anderen Blickwinkel in der Hinsicht erlaubt, wäre allerdings die Überlegung, dass es innerhalb der wirtschaftlichen Welteliten sehr wahrscheinlich verschiedene Fraktionsbildungen gibt, es sich keineswegs notwendig um einen homogenen Block handelt. Gerade eine multipolare geo-strategische Machtentwicklung in der Welt mit zunehmendem Einfluss der BRICS-Staaten beispielsweise wird unterschiedliche Interessenschwerpunkte unter den Großkapitalien aber auch in den mittelständischen Wirtschaftskomplexen begünstigen. Hier mögen gar neue Avantgarden mit ökonomischen sowie politischen Einfluss entstehen. In einer Zuspitzung der ökonomischen Lage werden sie bei klugen Investment-Entscheidungen (eingedenk etwa Rücklagen in Gold) womöglich treibende Kräfte für Zukunftsideen und wirksame innovative Konzepte sein.

Doch auch, wenn solche Avantgarden ihre Zeit und das entsprechende Momentum nutzen wollen, braucht es keine Unter-falscher-Flagge-Aktion, kein Super-Mindblowing-Ereignis, um das politische Steuer herum zu reißen. Mal ganz davon abgesehen, dass die Amerikaner ein von Islamisten gekapertes Verkehrsflugzeug als fliegende Bombe gleichsam durchwinken müssten. Und warum sollten sie es tun, wenn sie hinterher als Wirtschaftsstandort und Großmacht abgemeldet sind. Das wäre doch einigermaßen unlogisch?

So wie das Thema auf Hartgeld.com bislang diskutiert wird, gibt es zwar Gedankenanstöße, ist aber in manchen Punkten noch nicht schlüssig. Zu den logisch nachvollziehbaren Überlegungen gehört immerhin aber, dass es wirtschaftliche Einflusskreise gibt, die an einer Stärkung multi-polarer Konstellationen Interesse haben. Darin würde eine Achse London-Berlin-Moskau-Peking durchaus Sinn machen. Ähnliches deutet im übrigen auch der in Japan lebende jüdische Anti-Zionist Benjamin Fulford an, der von sich einigermaßen glaubhaft behauptet, eine ganze Reihe von Geheimdienstkontakten zu haben und auch Beziehungen in Komplexe von Geheimgesellschaften hinein. Auch er erwähnt immer wieder ein künftig von Deutschland und Russland geführtes Europa.

Eigene Philosophie und hoher Organisationsgrad

Ideologisch würde sich eine eurasischer Konstellationsverschiebung im Gegensatz zur anglo-amerikanischen Globalisierung begreifen und damit eine wesentliche Tendenz von Re-Nationalisierung politischen Handelns und Denkens beinhalten. Anstelle des Globalismus würde wieder eine mehr regional und damit national ausgerichtete Wirtschaftsphilosophie treten. Dazu würden als organisatorischer Unterbau Parteien wie UKIP in Großbritannien, der Front National Frankreichs, die Schweden-Demokraten, die FPÖ und – bislang stark abgeschwächt, aber dennoch erwähnenswert – die AfD in Deutschland gehören. Warum also Parteien ein für alle Mal aus der Exekutive streichen wollen? So etwas ginge im Zeichen von

Internet und Handy-Kommunikation auf Dauer gewiss nicht gut, wäre auch nicht wünschenswert.

Gleichsam eine „Diktatur auf Zeit“ wird in Deutschland bereits durch die in den 1960er Jahren beschlossenen Notstandsgesetze ermöglicht. Und so bleibt es auch von der Frage her spannend, wer auf welche Weise von einem False-Flag-Ereignis oder aber von der natürlich zustande kommenden Krisen-Zuspitzung profitieren wird – die alten Eliten als Puppenspieler bald mit unverhohlenen diktatorischen Mitteln oder etwas Neues mit ehrlichen, offenen Methoden? Nämlich etwas, das sich eventuell aus neuen wirtschaftlichen Konfigurationen und damit aus veränderten Interessenkonstellationen einzelner Kapitalien heraus entwickeln mag (die postulierten „neuen Avantgarden“). Putin – der dafür vielleicht künftig politisch als internationale Leitfigur steht – braucht im übrigen keine getürkten Attentate oder ähnliches. Deswegen nämlich, weil er aus seinem Kampfsport Judo gelernt hat, Gegner ins Leere laufen zu lassen, oder sie gegebenenfalls mit ihrer eigenen Angriffsenergie auszuhebeln.

Gerade weil nun im Hinblick auf eine sich entwickelnde Neuordnung von Interessen noch eine Art Gärungsprozess im Großen und im Kleinen stattfindet, ist ein großer Umbruch – jedenfalls ein wünschenswerter - eher in einem Zeitfenster bis 2016 zu erwarten als jetzt. Gerade auch deshalb, weil der Ärger über entscheidende Teile der gegenwärtige Polit-Nomenklatura breitenwirksam noch zunehmen muss, um etwas Neues etablieren zu können. Schauen wir mal...!